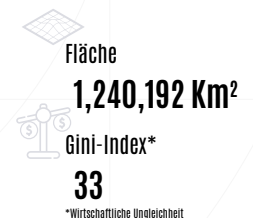
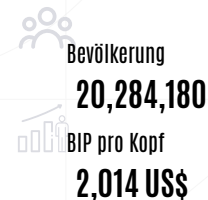
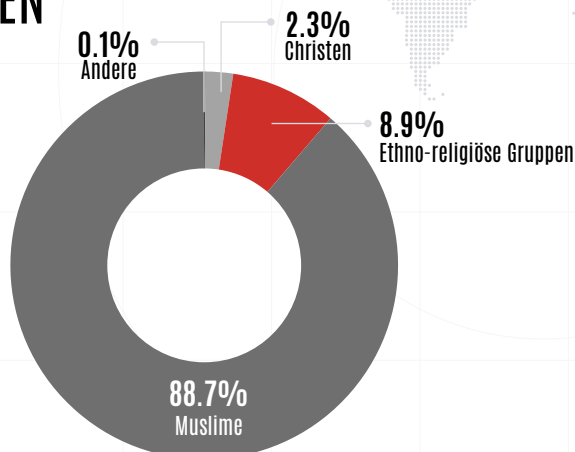




MALI

RELIGIONEN



DIE GESETZESLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Mali ist verfassungsgemäß ein säkularer Staat, der allen Bürgern unabhängig von ihrer Religion die gleichen Rechte zusichert.¹ Schon in der Präambel zur Verfassung ist der säkulare Charakter des Staates festgeschrieben und in Artikel 2 heißt es: „Alle Malier werden als freie Menschen geboren. Sie leben frei und haben gleiche Rechte und Pflichten. Jegliche Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft, der Hautfarbe, der Sprache, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder der politischen Meinung ist verboten.“ Damit gewährleistet die Verfassung Malis das Recht auf freie Religionsausübung sowie das Recht von Einzelpersonen oder Gemeinschaften, den Glauben durch gottesdienstliche Handlungen zu bekennen. Des Weiteren heißt es in Artikel 4: „Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens-, Glaubens-, Meinungs- und Redefreiheit sowie auf schöpferische Freiheit und das Recht auf freie Religionsausübung.“²

Auch das malische Strafrecht folgt einem grundlegend liberalen Ansatz. Dessen ungeachtet können Fälle von Diskriminierung aufgrund der Religion und die Behinderung der freien Glaubensausübung mit bis zu fünf Jahren Ge-

fängnis oder einem zehnjährigen Einreiseverbot bestraft werden.³

Bezüglich der Schulbildung heißt es in Artikel 18 der Verfassung: „Staatliche Schulbildung ist verpflichtend, kostenlos und glaubensunabhängig.“⁴ Demnach darf an staatlichen Schulen kein Religionsunterricht erteilt werden. An Schulen in privater Trägerschaft ist er jedoch erlaubt. An privat finanzierten islamischen Religionssschulen (Medresen) wird islamischer Religionsunterricht erteilt. Im Übrigen gelten auch für diese Schulen die regulären staatlichen Lehrpläne. Nicht muslimische Schüler dürfen nicht zur Teilnahme am islamischen Religionsunterricht verpflichtet werden. Dieselben Regeln gelten für katholische Schulen.⁵

Alle Organisationen von Glaubensgemeinschaften müssen sich beim Ministerium für Territorialverwaltung und Dezentralisierung registrieren lassen. Indigene Volksgruppen sind von dieser Regelung ausgenommen. Mit der Registrierung sind keine Steuervergünstigungen oder sonstige rechtliche Vorteile verbunden. Strafen für nicht registrierte Organisationen sind nicht vorgesehen.⁶

Mali ist sunnitisch geprägt. Knapp 13 % der Bevölkerung gehören einer anderen Glaubensgemeinschaft an. Von den nur etwa 2 % Christen im Land sind zwei Drittel ka-

tholisch und ein Drittel protestantisch. Des Weiteren sind etwa 9 % der Malier Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen. Ferner gibt es Muslime und Christen, die traditionelle afrikanische Riten in die Ausübung ihres Glaubens einbeziehen.⁷

Die christlichen Feste Weihnachten und Allerheiligen gehören wie die muslimischen Feste Maulid (Geburt des Propheten) und Eid al-Fitr (Fastenbrechen) zu den nationalen Feiertagen.⁸

VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Im Berichtszeitraum herrschte in Mali weiterhin eine äußerst instabile Sicherheitslage. Während der Süden des Landes als vergleichsweise sicher gilt, bleibt die Lage im Zentrum und im Norden angespannt. Es gibt im Land eine starke Präsenz ausländischer Militäreinheiten, darunter auch Streitkräfte mit UNO-Mandat.

Seit Anfang 2013 ist die Friedens- und Stabilisierungsmission MINUSMA der Vereinten Nationen im Einsatz. Frankreich, das mit einer starken Terrorbekämpfungseinheit in Mali vertreten ist, hat zusätzlich 4.500 Soldaten für die große Militäroperation Opération Barkhane in der Sahelzone bereitgestellt, die in Zusammenarbeit mit Streitkräften aus Frankreich, Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad gegen die Rebellen vorgeht.⁹

Die zunehmende ethnisch und religiös motivierte Gewalt, die Mali in den vergangenen Jahren heimgesucht hat, konzentriert sich vor allem auf die Region Mopti in Zentralmali. Im Zentrum der Konflikte stehen Fragen der Land- und der Ressourcenverteilung, wobei religiöse Motive immer zusätzlich eine Rolle spielen. Die Konflikte entstehen in erster Linie zwischen der muslimischen Volksgruppe der Fulani und der ethnisch-religiösen Volksgruppe der Dogon, der auch Christen angehören. Den Fulani wird mitunter vorgeworfen, dass sie an der Seite der muslimischen Extremistengruppen in Zentralmali stehen.¹⁰

In dem seit langem gärenden Konflikt kam es in jüngster Vergangenheit zur Eskalation der gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Gewalttaten häufen sich und sie fordern mehr Tote. Zudem kommt immer deutlicher eine religiöse Komponente zum Vorschein. In einem Video, das im November 2018 veröffentlicht wurde, rufen drei Anführer der „Gruppe zur Unterstützung von Islam und Muslimen“ (eine 2017 gegründete Koalition aus dschihadistischen Gruppen mit Verbindungen zu Al-Qaida) die in der Sahel-

zone und in Westafrika verstreut lebenden Angehörigen der Fulani-Volksgruppe auf, den Dschihad zu unterstützen.¹¹ Es bleibt jedoch unklar, in welcher Weise und wie eng die Fulani und die in Afrika operierenden bewaffneten Dschihadisten miteinander in Verbindung stehen.

Die Lage in Mali hat die Aufmerksamkeit der internationalen Medien geweckt, als es in einem Fulani-Dorf zu einem Massaker kam. Am 23. März 2019 wurde das Dorf von „bewaffneten Männern in der traditionellen Kleidung der Dogon-Jäger überfallen“.¹² Bei dem Angriff wurden mehr als 130 Fulani, darunter auch Kinder, ermordet. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation International Christian Concern wurde das Massaker von der antidschihadistischen Miliz Dan Na Ambassagou verübt, deren Mitglieder der Volksgruppe der Dogon angehören. Es habe sich angeblich um eine Vergeltungsmaßnahme gehandelt, weil die Fulani „islamischen Extremisten Zuflucht gewähren“.¹³ Immer häufiger greifen Dogon-Milizen Muslime an, die sie mit dschihadistischen Organisationen in Verbindung bringen.

Auf Druck der Öffentlichkeit musste die Regierung im April 2019 zurücktreten, weil es ihr nicht gelungen war, die Milizen zu entwaffnen.¹⁴ Bald darauf wurde eine neue Regierung eingesetzt.

Im Laufe des Jahres 2019 kam es zu weiteren Angriffen. Am 9. Juni wurden in einem Dorf mit überwiegend christlicher Bevölkerung 35 Angehörige der Dogon-Volksgruppe ermordet. Bei den Angreifern soll es sich um dschihadistische Fulani gehandelt haben.¹⁵ Knapp einen Monat später, am 2. Juli, wurden in einem Fulani-Dorf in Zentralmali 23 Menschen getötet. Der Vorsteher des Dorfes machte Dogon-Jäger für die Tat verantwortlich. Am selben Tag wurden noch zwei weitere Fulani-Dörfer angegriffen.¹⁶

Zusätzlich zu der Gewalt zwischen den ethnischen Gruppen leidet Mali unter der zunehmenden Verbreitung dschihadistischer Terrorgruppen, die im Norden und im Zentrum des Landes ihr Unwesen treiben. Ihre Gewalt richtet sich insbesondere gegen die Sicherheitskräfte, aber auch religiöse Amtsträger wurden schon von ihnen angegriffen.

Im Februar 2017 wurde die kolumbianische Ordensfrau Sr. Gloria Argoti von der Terrorgruppe Nusrat al-Islam entführt. Lange Zeit wurde befürchtet, dass sie nicht mehr am Leben sei, bis im Januar 2019 ein Video mit einem Lebenszeichen von ihr auftauchte.¹⁷

An der Entführung der Ordensschwester und an mehreren Angriffen auf Militärposten zeigt sich die Kaltblütigkeit,

mit der islamistische Terrorgruppen in Mali vorgehen. Am 2. November 2019 wurden bei einem der folgenschwersten Angriffe 53 malische Soldaten getötet. Der Islamische Staat bekannte sich zu der Tat.¹⁸ Auch die in Mali stationierten UN-Friedenstruppen gerieten schon unter Beschuss und haben mehrere Todesopfer zu beklagen.¹⁹ Die Regierung scheint mit der raschen Ausbreitung der Milizen im Norden und im Zentrum des Landes überfordert zu sein.

Mitte 2020 war die politische Lage in Mali nach wie vor hochgradig instabil. Im August 2020 gab Staatspräsident Ibrahim Boubacar Keita seinen Rücktritt bekannt, nachdem er und Premierminister Boubou Cissé Stunden zuvor von aufständischen Soldaten festgesetzt worden waren. In den Monaten zuvor war Präsident Keita immer wieder bei Massenprotesten aufgefordert worden, drei Jahre vor Ende seiner zweiten Amtszeit zurückzutreten.²⁰ Bei Zusammenstößen zwischen malischen Sicherheitskräften und Demonstranten kamen 11 Menschen ums Leben und mehr als 100 wurden verletzt.

Während der Proteste warben hochrangige Vertreter der Glaubensgemeinschaften für Frieden. Der Erzbischof von Bamako, Kardinal Jean Zerbo, der Vorsitzende des Hohen Islamischen Rates, Cherif Ousmane Madani Haidara, und der Vorsitzende des Verbandes der evangelisch-protestantischen Gemeinden und Missionen in Mali (AGEM-

PEM), Rev. Nouh Ag InfaYattara, riefen zu Frieden und zum politischen Dialog auf.²¹

Im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie hat die Katholische Kirche von Mali alle Gottesdienste bis auf weiteres abgesagt. Die Moscheen bleiben hingegen geöffnet.²²

PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Die Perspektiven für die Gläubigen in Mali sind bedrückend. Die Sicherheitslage im Land wird immer bedrohlicher. Die politische Stabilität ist zunehmend gefährdet. Seit langem nehmen die ethnischen Spannungen zu. Durch dschihadistische Gruppen befeuert, haben der Teufelskreislauf der Vergeltungsschläge und die brutalen Angriffe auf Militäreinheiten und auf die Zivilbevölkerung ein nie dagewesenes Maß erreicht. Diese Situation hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Religionsfreiheit, denn auch wenn die Gewalt nicht in erster Linie religiös motiviert ist, steigt mit der Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft das Risiko, verfolgt zu werden. Selbst der von der Opération Barkhane unterstützten Interimsregierung unter der Führung eines Interimspräsidenten wird es kaum gelingen, die explosive Mischung aus Armut, ethnischen Konflikten und radikalem Islam unter Kontrolle zu bringen.

ENDNOTEN / QUELLEN

- 1 The Constitution of the Republic of Mali, World Intellectual Property Organisation (WIPO), <http://www.wipo.int/edocs/lexdocs/laws/en/ml/ml004en.pdf> (abgerufen am 8. November 2019).
- 2 Ibid.
- 3 Office of International Religious Freedom, „Mali“, International Religious Freedom Report for 2018, US-Außenministerium, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2019/05/MALI-2018-INTERNATIONAL-RELIGIOUS-FREEDOM-REPORT.pdf> (abgerufen am 8. November 2019).
- 4 The Constitution of the Republic of Mali, op. cit.
- 5 Office of International Religious Freedom, op. cit.
- 6 Ibid.
- 7 Brian Grim et. al. (eds.), Year-book of International Religious Demography 2017, Leiden/Boston: Brill, 2017.
- 8 „Mali public holidays“, World Travel Guide, <https://www.worldtravelguide.net/guides/africa/mali/public-holidays/> (abgerufen am 10. November 2020).
- 9 „How Mali’s coup affects the fight against jihadists“, BBC News, 22. September 2020, <https://www.bbc.com/news/world-africa-54228920> (abgerufen am 10. November 2020).
- 10 Linda Bordoni, „Scores die in ethnic violence between herdsmen and farmers in Mali“, Vatican News, <https://www.vaticannews.va/en/world/news/2019-06/mali-attacks-dogon-fulanis-militias-extremist-uprising.html> (abgerufen am 8. November 2019).
- 11 „The Risk Of Jihadist Contagion In West Africa“, Crisis Group, <https://www.crisisgroup.org/africa/west-africa/c%C3%B4te-divoire/b149-lafrique-de-louest-face-au-risque-de-contagion-jihadiste> (abgerufen am 22. Januar 2020).
- 12 „Attack kills more than 130 Mali villagers“, BBC News, 24. März 2019, <https://www.bbc.com/news/world-africa-47680836> (abgerufen am 10. November 2019).
- 13 „Church leaders in Mali condemn massive attack on Fulani tribesman“, Persecution, Islamic International Christian Concern, 28. März 2019, <https://www.persecution.org/2019/03/28/church-leaders-mali-condemn-massive-attack-fulani-tribesman/> (abgerufen am 10. November 2019).
- 14 „Mali government resigns over March massacre that claimed 160 lives“, Africanews, <https://www.africanews.com/2019/04/19/mali-government-resigns-over-march-massacre-that-claimed-160-lives/> (abgerufen am 10. November 2019).
- 15 „Mali: Cardinal Zerbo with President Keita visit the troubled Dogon community“, Vatican News, <https://www.vaticannews.va/en/africa/news/2019-06/mali-cardinal-zerbo-with-president-keita-visit-the-troubled-dog.html> (abgerufen am 10. November 2019).
- 16 „23 killed in attack on Fulani village in Mali – mayor“, Africanews, 2. Juli 2019, <https://www.africanews.com/2019/07/02/23-killed-in-attack-on-fulani-village-in-mali-mayor/> (abgerufen am 10. November 2019).
- 17 „New video of kidnapped nun in Mali surfaces,“ Persecution, 2. November 2019, International Christian Concern, <https://www.persecution.org/2019/02/11/new-video-kidnapped-nun-mali-surfaces/> (abgerufen am 8. November 2019).
- 18 „Mali: Dozens of troops killed in military outpost attack“, al Jazeera, 3. November 2019, <https://www.aljazeera.com/news/2019/11/mali-dozens-troops-killed-military-outpost-attack-191102052705177.html> (abgerufen am 10. November 2019).
- 19 Office of International Religious Freedom, op. cit.
- 20 Fr Benedict Mayaki SJ, „Mali’s President resigns after months of tension“, Vatican News, 19. August 2020, <https://www.vaticannews.va/en/world/news/2020-08/malian-president-resigns-after-detention-by-mutinous-troops.html> (abgerufen am 18. September 2020).
- 21 „Mali: Religious leaders call for peace and dialogue amid protests“, Vatican News, 15. Juli 2020, <https://www.vaticannews.va/en/world/news/2020-07/mali-religious-leaders-call-for-peace-and-dialogue-amid-protest.html> (abgerufen am 18. September 2020).
- 22 „El Covid-19 no se detiene en África: comienza la reapertura dispersa de lugares de culto“, Vatican News, 19. Mai 2020, <https://www.vaticannews.va/es/iglesia/news/2020-05/africa-coronavirus-algunos-lugares-de-culto-comienzan-a-reabrir.html> (abgerufen am 19. Mai 2020).